

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends Preis vierteljährlich durch die Post bezogen 1,10 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482

Der Proletarier

Anzeigenpreis: 50 Pf. für die dreigespalt. Zeile. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postcheckkonto: Nr. 358.15 Postcheckamt Hannover.

Verlag von A. Bren. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Redaktionschluss: Montag morgen 9 Uhr. Verantwortlicher Redakteur: Hans Lawrenz, Hannover.

Redaktion und Expedition: Hannover M., Rathenauplatz 3. Fernsprechanstöße 2 28 41 und 2 28 42.

Das Spiel mit dem Feuer.

Weiterer Vorstoß der Reaktion in Preußen.

Die gegenwärtige Reichsregierung spielt ein sehr gefährliches Spiel, in dem sie nach und nach alle Trümpe in die adligen Hände zu bekommen sucht. Insofern liegt Methode in ihrem wagehalsigen Spiel um Verfassung und Volksrechte und nicht zuletzt um den Bestand des Deutschen Reiches. Immerhin, beneiden braucht man die Regierung von Papen um ihre Verantwortungslosigkeit nicht, mit der sie, um nach berühmtem Muster zu reden, „unbeirrt von Tagesmeinungen und -rückichten ihren Weg“ geht, den Weg zur Neuerrichtung der absoluten Macht von Adel und Besitz über das „nur arbeitende“ Volk.

Unbekümmert um den Teil des Urteils des Staatsgerichtshofes, der die Absetzung der preussischen Staatsminister für nichtig und die preussische Regierung als verfassungsmäßig und zu Recht bestehend bezeichnete, fährt Reichskanzler von Papen fröhlich weiter fort, die Herrschaft der Barone in Preußen zu befestigen, indem er einigen neuernannten Reichsministern ohne Portefeuille die Verwaltung der preussischen Ministerien überträgt. Nun ist Herr Dr. Bracht mit der Führung des Preussischen Innenministeriums, Staatssekretär Dr. Popitz mit der Führung der Geschäfte des preussischen Finanzministers betraut worden. Das Preussische Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, in dem sich Otto Braun unvergängliche Verdienste um die geknechteten Landarbeiter erworb, ist dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Freiherrn von Braun, unterstellt worden. Das Preussische Wohlfahrtsministerium wird aufgelöst. Es arbeitete ohnehin nicht für die bestehenden Klassen.

Die Machtmittel, die den Anhängern des alten Regimes damit in die Hände gegeben sind, dürfen nicht unterschätzt

werden. Sie sind wahrlich nicht gering, denn wenn man auch nicht auf Bajonetten sitzen kann, so kann man sich doch für gewisse Zeit auf die Bajonette stützen, besonders dann, wenn man die Spitzen dieser staatszerhaltenden Instrumente nach unten kehrt. Aber trotzdem wird auch die vom Herrenklub arriivierte Adelsregierung die geschichtliche Entwicklung nicht aufhalten können, ebensowenig wie ihr zugunsten des Besitzes und der Industrie großzügiger Wirtschaftsplan die Volkswirtschaft wieder ankurbeln konnte. Schon mehrten sich die scharfen Erklärungen der süddeutschen Staaten, die sich gegen die Verpreuung Deutschlands — Verpreuung in schlechtem Sinne — wenden. Und gegen den Willen der Arbeiterschaft kann auf die Dauer überhaupt nicht regiert werden. Die deutsche Arbeiterschaft von heute läßt sich nicht mehr zu willenlosen Sklaven verrotteter Systeme des vorigen Jahrhunderts machen. Daß es so weit kommen konnte, daß die Gegner der Demokratie so energisch zum Angriff übergehen konnten, hat seine Hauptursache in der beklagenswerten Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft, und insofern fragen diejenigen die größte Schuld mit daran, daß die Reaktion auf dem Vormarsch ist, die mit krankhafter Luft an der Zerstörung die Schlagkraft und die Organisationen der deutschen Arbeiterschaft schwächen, die Jünger Stalins.

Die Herren der Adelsregierung spielen ein gefährliches Spiel. Sie werden es verlieren zugunsten des Volkes, wenn die Arbeiterschaft ihre letzten Positionen, die sozialistischen Organisationen und die freien Gewerkschaften, so stark und so voll wuchtiger Kraft erhält, daß sie erfolgreich und ausschlaggebend im Kampfe für Demokratie und Sozialismus eingeseht werden können. Und dieser Kampf tritt nun erst in ein neues, vielleicht in das letzte entscheidende Stadium!

Friedr. Kunz 25 Jahre Angestellter.

Wieder feiert einer unserer alten Funktionäre das fünf- undzwanzigjährige Jubiläum als hauptamtlich Angestellter unseres Verbandes. Es ist der Geschäftsführer der Zahlstelle Kiel, unser Kollege Friedrich Kunz, der auf eine fünf- undzwanzigjährige Tätigkeit im Dienste des Verbandes, auf fünf und zwanzig Jahre Kampf für die Interessen der Fabrikarbeiter und -arbeiterinnen zurückblicken kann.



Kollege Friedrich Kunz wurde am 20. März 1874 zu Barkenstein in Ostpreußen geboren. Er besuchte die Volksschule und erlernte später das Schuhmacherhandwerk. Sein Lehrmeister war ein überzeugter Sozialdemokrat, und so wurde Kollege Kunz sehr jung mit den Bestrebungen der Arbeiterschaft bekannt. Nach Beendigung der Lehrzeit ging er auf Wanderschaft und kam 1891 nach Hamburg. Dort schloß er sich dem Verband der Schuhmacher als Mitglied an. Bereits im Schuhmacherverband hatte er mehrere ehrenamtliche Posten inne. Da in den 90er Jahren die Maschine schon starken Einzug in das Schuhmacherhandwerk hielt, mußte Kollege Kunz — wie so viele Schuhmacher — umstapeln, und so trat er im Jahre 1900 in Hamburg in einer Fabrik in Arbeit und am 20. Juni 1901 zu unserem Verband über. Sehr bald wurde Kollege Kunz in der Zahlstelle Hamburg mit ehrenamtlichen Funktionen betraut. Als im Jahre 1907 die Zahlstelle Kiel die Stelle eines Angestellten ausschrieb, bewarb sich auch Kollege Kunz. Er wurde mit Mehrheit gewählt. Kollege Kunz trat am 11. November 1907 seinen Posten an, und die Zahlstelle Kiel hat von da an bis 1921 einen Aufschwung an Mitgliedern zu verzeichnen gehabt, der dem Kollegen Kunz mit zu verdanken ist. Seit dem Jahre 1908 hat Kollege Kunz den Posten eines Kartelldelegierten inne. Auch im engeren Vorstand des AOB. ist er schon lange Jahre tätig. — Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist Kollege Kunz seit dem 14. Juni 1898.

Die Zahlstelle Kiel hat in Friß Kunz einen Leiter gefunden, der sein Bestes für sie hergibt, seine Familie und seine Person stets in ausopfernder Weise zurückstellt, wenn es gilt, der Zahlstelle, der Organisation zu dienen und zu nützen. Dafür dankt ihm die Mitgliedschaft aus vollem Herzen. Mit der Gratulation zu seinem Ehrentage verbindet sie den Wunsch, Friß Kunz noch recht lange gesund und rüstig an erster Stelle wirken zu sehen!

Wie wirkt sich die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung aus?

Die in der Nr. 44 unserer Verbandszeitung geäußerten Befürchtungen über die Wirkung der geringen Verbesserungen in der Arbeitslosenunterstützung bewahrheiten sich in vollem Maße. Die Ausführungsbestimmungen zu diesen Verbesserungen zerstören in Millionen von Unterstützten die Hoffnung auf eine, wenn auch geringe, Steigerung der von ihnen bezogenen Unterstützungssätze. Praktisch wirkt sich die neue Maßnahme wie folgt aus:

Wohlfahrtsunterstützte kommen für die Erhöhung der Unterstühtungen nicht in Betracht, ebensowenig Arbeitslose, die nur für sich allein zu sorgen haben, also die Ledigen. Dagegen erhalten aber die Arbeitslosen, die in der Zeit von Ende Oktober 1932 bis Anfang März 1933 versicherungsmäßige Unterstühtung nach den Lohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen, diese Zulage, ebenso die Empfänger von Krisenunterstühtung. Die Verordnung bringt also nur verhältnismäßig sehr wenigen Arbeitslosen eine kleine Besserung, und diesen auch nur so lange, bis sie aus der staatlichen Arbeitslosenunterstühtung ausgesenert sind. Ebenso sind diejenigen Arbeitslosen vom Bezuge der erhöhten Unterstühtung ausgeschlossen, die irgendeine Sozial-, Versorgungs- oder Versicherungsrente beziehen und infolgedessen nicht ganz, sondern nur teilweise hilfsbedürftig sind.

Reaktionäre Pläne zur „Reform“ des Wahlrechts.

Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, wie es in der Verfassung des Deutschen Reiches festgelegt ist, war den aristokratischen Begnern der „öden, margittischen Gleichmacherei“ schon lange ein Dorn im Auge. Schon viel ist von den Plänen der Reichsregierung gemunkelt worden, die auf eine „zeitgemäße“ Änderung des Wahlrechts gehen. Jetzt hat der Reichsinnenminister von Gopl die Absichten der Regierung kundgetan. Danach soll das aktive und passive Wahlrecht in der Altersgrenze um 5 Jahre hinaufgeschoben werden. Die mehr als fünf Millionen junger Deutschen im Alter von 20 bis 25 Jahren sollen also nicht mehr wählen dürfen. Ferner sollen die Wahlkreise verkleinert und das Listenwahlsystem abgeschafft werden. Haushaltungsvorstände und Kriegsteilnehmer sollen Zusatzstimmen erhalten.

In der Praxis würden diese Bestimmungen eine ungeheuerliche Entrechtung weiter Volkskreise bedeuten. Den Millionen Jugendlichen wird das Wahlrecht geraubt, vielleicht — je nach den Ausführungsbestimmungen, die diesen Plänen gleichwertig sein werden — auch den Wohlfahrtsunterstützten und Rentnern. Ob die Zahl der Zusatzstimmen für Kriegsteilnehmer sich nach Rang und Dienstgrad richten soll, wurde noch nicht gesagt. Möglich ist es aber, daß den Leuten, die sich im Felde „einer bemerkenswerten Zurückhaltung“ befleißigten — so schrieb die deutschnationale Presse von dem Naziprinzen Lami —, mehr Stimmen zugebilligt werden.

Bezüglich der Herauffezung des Wahlalters kann die derzeitige Regierung sich auf Hitler berufen. Dieser buhlt

wohl um die Stimmen der jungen Leute, aber in seinem Werk „Mein Kampf“ schreibt er auf Seite 71 folgendes:

„Ich bin heute der Überzeugung, daß der Mann sich im allgemeinen nicht vor seinem 30. Jahre in der Politik öffentlich betätigen soll. Er soll dies, da ja bis in diese Zeit hinein zumeist erst die Bildung einer allgemeinen Plattform stattfindet, von der aus er nun die verschiedenen politischen Probleme prüft und seine eigene Stellung zu ihnen endgültig festlegt. Erst nach dem Gewinnen einer solchen grundlegenden Weltanschauung und der dadurch erreichten Stetigkeit der eigenen Betrachtungsweise gegenüber den einzelnen Fragen des Tages soll und darf der nun wenigstens innerlich ausgereifte Mann sich an der politischen Führung des Gemeinwesens beteiligen.“

Hitler will also die politische Betätigung des Mannes — von der Frau spricht er überhaupt nicht — erst vom 30. Lebensjahr an zulassen. Die Regierung geht nicht ganz so weit, sie will das Wahlalter auf 25 Jahre festsetzen. Vielleicht schien ihr die Spanne zu groß, um sie mit einem Male überspringen zu können. Aber wohin der Weg geht, ist doch schon sehr deutlich zu erkennen.

Für die letzte Reichstagswahl kommen die Wahlrechtsreformer ja einen Posttag zu spät. Aber weiß man denn, was für hochfliegende Pläne der Reichskanzler noch in seiner berühmten roten Mappe bereit hält? Man kann füglich bezweifeln, daß ihn die Zusammensetzung des neuen Reichstags bedenklich stimmen wird. Schuß gegen Wahlrechtsreform, gegen die Degradierung zu Staatsbürgern der Holzklasse findet die Arbeiterschaft nur in sich selbst.

Das vorläufige amtliche Ergebnis der Reichstagswahl.

Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlergebnis erhielten:

	Stimmen	Mandate
Sozialdemokraten	7 231 404	121 (133)
Nationalsozialisten	11 705 256	195 (230)
Kommunisten	5 970 833	100 (89)
Zentrum	4 228 322	70 (75)
Deutschnationale	3 061 626	51 (37)
Bayerische Volkspartei	1 081 595	18 (22)
Deutsche Volkspartei	659 703	11 (7)
Staatspartei	337 871	2 (4)
Christlich-Sozialer Volksdienst	412 523	5 (4)
Deutsch-Hannoveraner	63 999	1 (0)
Reichspartei des Mittelstandes	110 117	2 (2)
Deutsche Bauernpartei	148 982	3 (2)

Agitationserfolge.

Kein Tag ohne Agitation für den Verband! Aber auch kein Tag ohne schöne Erfolge der fleißigen, beharrlichen Werbearbeit. Den schon gemeldeten glänzenden Ergebnissen reihen wir folgende nicht minder beachtenswerte Resultate an: Es wurden neu aufgenommen oder wiedergewonnen in Berlin vom 15. September bis 27. Oktober 172 Mitglieder, Cottbus, im 3. Quartal 184 Mitglieder, Darmstadt im Oktober 105 Mitglieder, Genthin im August-September 16 Mitglieder, Halle im September-Oktober 46 Mitglieder, Kapphütte im Oktober 12 Mitglieder, Rudolfsbad im Oktober 34 Mitglieder, Scherneck im Oktober 36 Mitglieder, Schönwald im 3. Quartal 30 Mitglieder, Straßund im Oktober 48 Mitglieder, Achermünde im Oktober 26 Mitglieder, Wittenberg im Oktober 21 Mitglieder.

Die Unerfälllichkeit der Großagrarien.

Sie fordern neue Millionengeschenke auf Kosten des hungernden Volkes.

Schon einmal schrieben wir im „Proletarier“, daß „Gottes Segen auch ein Unglück“ sein kann. Das scheint jetzt wiederum der Fall zu sein angesichts der guten Ernte dieses Jahres, die zu den schon vorhandenen riesigen Vorräten von Brotgetreide noch einen ungeheuren Überschuss fügte. Fast 1 1/2 Millionen Tonnen überschüssigen Getreides lagern in den Vorratskellern. Die Folge ist natürlich ein Sinken der Preise. Aber gleich sind die Großagrarien bei der Hand und stimmen erneut ihr Klageged von der notleidenden Landwirtschaft an und fordern wiederum neue Zuwendungen von der Reichsregierung, neue Millionengeschenke zu den alten.

Der echt „nationale“ Reichslandbund, von ostelbischen Junkern beherrscht und geleitet, fordert von der Reichsregierung einen neuen Kredit von 100 Millionen Mark, um entsprechende Mengen Brotgetreides vom Verkauf in diesem Jahre zurückhalten und für günstigere Zeiten — also für höhere Preise — aufspeichern zu können. Als ob es im deutschen Volke, bei den Millionen Arbeitslosen keinen Hunger nach Brot gäbe! Und als ob sich nicht schon tausendfach gezeigt hätte, daß solche „Stützungsaktionen“, sei es für die Landwirtschaft oder die Industrie, ihren Zweck vollkommen verfehlen, wenn gleichzeitig durch Lohnsenkung und Unterstützungsabbau die Kaufkraft des größten Teiles des deutschen Volkes immer mehr geschwächt wird. Unbelehrbarkeit und Unerfälllichkeit, das sind die Haupteigenschaften der allein nationalen, der allein deutschen ostelbischen Junker und Großagrarien, vollkommene Blindheit gegen die Not des hungernden Volkes, wenn nur Kartoffeln, Roggen und Fleisch hübsch teuer verkauft werden können. Aber diese Eier, die die Wurzel alles Übels in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind, wird am allermeisten dazu beitragen, daß das kapitalistische System einmal befeitigt wird und einer vernunftgemäßen, menschlicheren, gerechteren Ordnung Platz macht. Solche ungeheuerlichen Pläne — Hunger für das Volk, trotzdem die Scheunen gefüllt sind, Millionengeschenke für die Kornwucherer — werden jeden Arbeiter davon überzeugen, daß nur der Sozialismus ihm Brot, Arbeit und Frieden bringen kann.

Maschine und Arbeitslosigkeit.

Auf der kürzlich abgehaltenen Tagung des Vereins deutscher Ingenieure erregte das Thema „Maschine und Arbeitslosigkeit“ die größte Aufmerksamkeit. Die einleitenden Ausführungen hierzu machte Prof. E. Heidebrock. Der Redner führte zu dem Thema u. a. aus: „In Deutschland stehen zur Zeit 32 Millionen Erwerbstätigen 60 Millionen mechanische Pferdekräfte zur Seite. Es entfallen daher, wenn man die Leistung einer menschlichen Arbeitskraft mit 0,1 PS gleichstellt, rund 20 „Maschinen“-Arbeiter auf eine lebende Arbeitskraft. Die mechanisierten Betriebe haben in den letzten 30 Jahren so große Fortschritte gemacht, daß man heute 60 bis 80 Millionen Menschen einstellen müßte, um das gleiche Produktionsergebnis mit Handarbeitern zu erzielen. Dieses Heer von Arbeitern könnte in den vorhandenen Fabrikräumen gar nicht untergebracht werden. Die Bevölkerungszahl Europas hat um das Jahr 1800 180 Millionen betragen und ist 1900 auf 500 Millionen gestiegen. Nur mit Hilfe der Technik konnte dieser ungeheure Menschenzuwachs ernährt und auf einen erhöhten Lebensstandard gebracht werden. Der Bruchteil des Arbeitslosenheeres, der der Mechanisierung der Betriebe zum Opfer fällt, verschwindet gegenüber dem großen Umfang an Arbeitsquellen, den die Maschine geschaffen hat.“

Auch Prof. Heidebrock gibt zu, daß der technische Fortschritt in den letzten Perioden vielfach übersteigert wurde. Die Technik habe es der Wirtschaft zu leicht gemacht, Augenblickskonjunkturen auszubuten. Der technische Fortschritt sei, an den Maßstäben unseres Wirtschaftssystems gemessen, zu billig zu haben. Eine Maschine, die ein hervorragendes Kunstwerk sei, würde wie eine Ware gehandelt. Aus der Disharmonie zwischen Maschinenverwendung und Arbeitslosigkeit ergebe sich die Notwendigkeit einer sinnvollen Regelung von den Leistungen von arbeitenden Menschen und „Maschinen“-Arbeitern. Wir fügen hinzu, daß die Verkürzung der Arbeitszeit hierfür das geeignete Mittel ist. Dies scheinen auch die Unternehmer einzusehen, denn Professor Heidebrock gab im Namen der Herren Karl Bosch (V. G. Farben), Robert Bosch (Bosch-Werke), Dr. Koettgen (Siemens) und Krupp von Bohlen und Halbach eine Erklärung ab, wonach es als Pflicht jedes deutschen Unternehmers betrachtet wird, in den eigenen Betrieben soviel Arbeitskräfte wie irgend zugänglich zu beschäftigen.

„weil die privatkapitalistische Wirtschaft nicht fähig sei.“ Schließlich hat der Zensur noch die gesamte Darstellung des gewerkschaftlichen Programms zum Umbau der Wirtschaft getrichen, darunter auch den Satz: Deutschland muß ein demokratischer Staat bleiben und die demokratische Staatsgewalt muß entscheidenden Einfluß auf die Wirtschaft ausüben, um sie zum Wohle der Allgemeinheit zu lenken.“

Der Zensur hat „recht“. Man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Wenn in einem Rundfunkvortrag soviel von Demokratie gesagt wird, könnte es ja sein, daß manche Hörer zu Anhänger einer demokratischen Staatsform werden, und das ist im Zeitalter der „grundsätzlich neuen autoritären Staatsführung“ nicht zulässig.

Hitler gegen das wirtschaftliche Denken.

In einem längeren Geschmuß hat der Nazi-Führer Adolf Hitler im „Völkischen Beobachter“ dem Reichskanzler von Papen auf seine Anpassungen geantwortet. Wir wollen auf den Wortschwall nicht eingehen. Uns interessiert nur eine Schlagzeile in der Mitte dieses Artikels: „Das wirtschaftliche Denken ist der Tod jedes völkischen Idealismus!“

Das hat man allerdings schon lange gemerkt, daß die Nazis nicht nur auf das wirtschaftliche Denken sondern auf das Denken überhaupt Verzicht geleistet haben. Als Ersatz hierfür verwenden sie Stinkbomben, weiße Mäuse, Dolch und Revolver. Mit diesen Mitteln haben sie von jeher Politik gemacht. Deshalb werden sie ja auch „aufbauwillige Kräfte“ genannt. Aus purem Idealismus betätigen sich die Kameraden Hitlers hinterherum, und aus purem Idealismus morden die — Kameraden Hitlers. Das wirtschaftliche Denken Hitlers erstreckt sich höchstens auf die Beiträge aus Kapitalistenkreisen.

Einsichtige warnen vor weiterem Kaufkraftmord.

Der Verband der deutschen Waren- und Kaufhäuser warnt in seiner Zeitschrift Nr. 40 vor weiterer Vernichtung von Kaufkraft durch folgende Worte: „Es ist höchste Zeit, daß die Stabilisierung der Einzelhandelsumfänge kommt. Die Reichsregierung darf vor Abänderungen der Teile der Notverordnung nicht zurückweichen, die sich als eine zu starke Belastung des Arbeitseinkommens herausstellen.“ Diese Warnung ist zeitgemäß. Wir befürchten nur, daß sie taube Ohren findet. Vorläufig regieren „wir“ kreuz und quer.

Chemische Industrie

Verächtlicher Lohnbruch in der Gummi-Fabrik Dunlop in Hanau.

Die Deutsche Dunlop-Gummi-Compagnie AG. in Hanau hat nach wiederholten vergeblichen Verhandlungen mit unserem Verband das Tarifamt der chemischen Industrie angerufen, um den tarifmäßigen Lohn zu senken. Das Tarifamt konnte dem Antrag der Firma nicht stattgeben. Eine Lohnherabsetzung für Dunlop hätte weitere Anträge auf Lohnsenkung in der übrigen Gummiindustrie Deutschlands ausgelöst, so daß die Konkurrenzverhältnisse in der Gummiindustrie dieselben blieben. Wenn es der Firma wirklich schlecht geht, muß sie einen anderen Weg einschlagen, um die Verhältnisse zu bessern, denn auf dem Rücken der Arbeiter dürfen die Konkurrenzkämpfe nicht ausgefochten werden. Dazu wird der Fabrikarbeiterverband seine Hand nicht bieten. Die Firma hat dann auf Grund der Notverordnung den staatlichen Schlichter angerufen, um die Tariflöhne herabsetzen zu lassen. Der Schlichter hat der Firma den Gefallen nicht getan, den Streitfall vielmehr den Parteien zur weiteren Verhandlung überwiesen. Ein Ergebnis haben die weiteren Verhandlungen nicht gezeigt. Darauf hat die Firma nunmehr jedem einzelnen Arbeiter folgenden Brief zugestellt:

Ab schrift. Dunlop, Gründer der Pneumatik-Reifen-Industrie. Deutsche Dunlop-Gummi-Compagnie AG., Hanau a. M. Hanau, den 29. Oktober 1932.

„An unsere Belegschaft
Was unsere Belegschaft wissen muß!
Am 12. Oktober haben wir den Gewerkschaften den Vorschlag gemacht, unserer Belegschaft mitzuteilen, daß wir bei einer Lohnermäßigung (die wir nur nach und nach, und nicht bis zu 20, sondern bis zu 10 Prozent insgesamt vornehmen wollten) bereit sind in der Lage wären, die Arbeitszeit bis Ende März so zu verlängern, daß ein voller Ausgleich in allen den Fällen geschaffen würde, in denen nicht schon 6 Tage gearbeitet wurde.“

D. h. also mit anderen Worten, daß die große Mehrzahl unserer Arbeiter, bei wenig Mehrarbeit, den gleichen Verdienst und mehr mit nach Hause nehmen könnte, vor allem aber — durch den ganzen Winter hindurch. (Im übrigen war vorgesehen, daß bei weiteren Lohnschwankungen der Bezirkslohntarif auch für uns wieder maßgeblich sein sollte.)

Wir machten gleichzeitig darauf aufmerksam, daß, falls unser Vorschlag nicht durchginge, wir aus rein wirtschaftlichen Gründen gezwungen wären, alsbald Kurzarbeit einzuführen. (Mit Beginn vom 24. Oktober d. J. ist dies inzwischen eingetreten.)

Dieser Unterredung waren Verhandlungen vorausgegangen, die wir schon seit zwei Jahren aus dem Grunde mit den Gewerkschaften führen, weil unsere derzeitigen Lohnsätze weit über dem Lohnsatz unserer maßgeblichen Konkurrenz liegen, und weil sie beträchtlich höher sind als die ortsüblichen Löhne in Hanau.

Wenn wir unserer Belegschaft das Arbeitsfeld erhalten wollten, konnte uns auf die Dauer unmöglich zugemutet werden, Jahr um Jahr mit großen Verlusten abzuschießen.

Auf allen nur möglichen Gebieten haben wir zwischenzeitlich die härteste Sparmaßnahme durchgeführt. Die Gehaltsätze sämtlicher Angestellten, von oben bis unten, einschließlich unserer Reisenden, sind rigoros ermäßigt worden, die Mieten unserer Filialen wurden stark gesenkt, die Reisekosten wiederholt abgeändert und nichts unversucht gelassen, um weitere Verluste anzuschaffen.

In voller Verkenntnis der Sachlage glaubten die Gewerkschaften uns sagen zu müssen, daß z. B. die Gummi-Fabrik in Hanau und die Fahrradreifen-Fabrik in Klein-Auheim mit den gleichen Löhnen gut auskommen könnten — sie übersahen aber, daß die Verhältnisse bei diesen Firmen doch ganz anders liegen als bei uns. Gummi- und Fahrräder sind ein großer Export-Artikel

Wie werden die Steuergeschenke verwendet?

Im Heft 10 der vom DGB. herausgegebenen Zeitschrift „Die Arbeit“ befindet sich ein ausführlicher Artikel des Statistikers Woytinsky über das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung. Über die voranschreitliche Verwendung der der Privatwirtschaft durch die Steuererlässe und Einstellungsprämien zugesprochenen 2,2 Milliarden Mark stellt Genosse Woytinsky lehrreiche Berechnungen an. Es geht daraus hervor, daß sich die Steuergeschenke wie ein goldener Regen über die breitesten Schichten der Bevölkerung in Stadt und Land ergießen. Es wird im ganzen etwa zehn Millionen physische und juristische Personen geben, auf die sich der Segen des zusätzlich geschöpften Geldes ergießen soll. Je nach ihren Besitz- und Einkommensverhältnissen wird sich dieses zusätzliche Geld auf alle Bürger des Reiches mit Ausnahme der Arbeitnehmer verteilen. Die Reichsregierung ging von dem Gedanken aus, daß die gewählten Mittel von der Privatwirtschaft verwandt werden sollten, um zurückgehaltene Geschäfte, darunter auch die Befriedigung des gestauten Erhaltungsbedarfs, durchzuführen. Die Wirtschaft sollte also durch Investitionen die Produktionsmittelindustrie beleben. Durch die Streunung des Geldes wird dieser Zweck nicht erreicht, was Woytinsky durch nachstehende Ausführungen zu beweisen versucht:

„1. Das zusätzliche Geld wird auf die Weise zerstreut und aufgeteilt, daß in den meisten Fällen seine Verwendung für produktive Anlage unmöglich sein wird. 2. Ein zurückgehaltener Erhaltungsbedarf in der Wirtschaft ist zweifellos da, er verteilt sich aber völlig anders auf einzelne Betriebe und Wirtschaftszweige, als das Ankerbelohnungsgeld unter sie verteilt wird. Man darf z. B. bezweifeln, ob das Nahrungsmitteleigergewerbe seine 90 Millionen oder das Handelsgewerbe seine 180 Millionen an Umsatzsteuerrücklässe für die Befriedigung

seines Erhaltungsbedarfs verwendet. 3. Wenn die Investitionen in der letzten Zeit sehr stark zurückgegangen sind, so ist dies nicht nur aus der Illiquiditätsangst, sondern in erster Linie aus der Stocung des Absatzes geschahen.“

Da den Unternehmern keine Verpflichtung auferlegt ist, die erhaltenen Geschenke zum Zwecke der Erweiterung des Arbeitsmarktes anzulegen, wird das zusätzliche Geld für alle möglichen Zwecke verwendet werden. Die Zerstückelung der empfangenen Gelder läßt nach Woytinsky vermuten, daß sein größter Teil nicht für Anlage, sondern für unmittelbaren Verbrauch verwendet wird. „Die ganze Aktion wird daher im wesentlichen auf die Konsumfinanzierung der besitzenden Schichten der Bevölkerung hinauslaufen.“ Der Verfasser schätzt den Nusschlag der Aktion für den Arbeitsmarkt nach Einnahme aller Möglichkeiten auf rund eine Million zusätzlich Beschäftigter. Dem steht aber gegenüber, daß die Kaufkraft der arbeitenden Schichten insgesamt nicht erhöht wird, sondern günstigenfalls eine Verlagerung erfährt. Der Nusschlag der Aktion wird vermindert durch die Verpuberung der zusätzlichen Mittel. Sofern diese den Konsum finanzieren sollen, ist es unverantwortlich, sie nur den Besitzenden zu gewähren. „Dann müßte die Regierung schon einen Schritt weiter gehen und auf sämtliche Steuern, Steuerzuschüsse und Bürgersteuern, Steuerzuschüsse ausgeben.“ Das Ankerbelohnungsprogramm der Reichsregierung wird also verpuffen und nur als reines Wahlmanöver, wie dies Woytinsky treffend folgendermaßen ausdrückt: „Jeder wird etwas (sei es nur ein Zehnmarktschein) in die Hand kriegen, und alle werden zufrieden sein, zu erfragen, daß man endlich einen Staat hat, der — kein Wohlfahrtsstaat ist.“

„Was sollen wir tun?“ fragt Krylenko zum Schluß. „Der Klassenkrieg ist ein grausames Ding. Aber die Arbeiter dürfen nicht deswegen getadelt werden, weil ihre Feinde sie zwingen, zu solchen Mitteln ihre Zuflucht zu nehmen.“

Was ein Gewerkschaftsführer im Rundfunk nicht sagen darf.

Kollege Wilhelm Eggerl, Bundesvorsitzender des DGB., sollte einen Rundfunkvortrag über „Die Gewerkschaften in der Krise“ halten. Der Vortrag wurde im letzten Augenblick vom Programm abgelehnt, weil sich der Vortragende nicht mit den Streikungen der Zensur einverstanden erklärt hat. So hat der Zensur an folgenden Sätzen Anstoß genommen:

„Dieser Ausfall an Kaufkraft könnte verringert werden, wenn die Staatsmacht sich den Mahnungen und Forderungen der Gewerkschaften nicht verschließen hätte.“

„Indem sie aber durch ihre Schlichtungsbehörden die Senkung der Löhne und Gehälter erzwingt, leistete sie den Deflationsprozess, der nach gewerkschaftlicher Auffassung entscheidend zur Verkürzung des Binnenmarktes und zum weiteren Answellen der Arbeitslosigkeit beitrug.“

Die Stanzleistung des Zensurs dürfte in folgendem liegen. Eggerl schildert das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Gewerkschaften. Er spricht von den Aufgaben der Straßenreinigung, des Reichsbahnbaus, der landwirtschaftlichen Meliorationen, Siedlungen, Gebiete, die erschlossen werden müßten durch den Staat, weil die privatkapitalistische Wirtschaft nicht fähig sei, das Arbeitslosenproblem zu lösen.“

Der Zensur schrieb dabei die Worte

Arme Teufel erschießt man im Sowjetstaat.

Der Justizkommissar der Sowjetregierung, Krylenko, ist der Gegenstand scharfer Kritik infolge seines letzten Erlasses geworden, durch den das Eigentum in Rußland für „heilig und unverletzlich“ erklärt und für alle Diebe die Todesstrafe bestimmt wurde. Besonders heftig wendet man sich gegen das Wort „heilig“, weil dieses in die „veraltete Phraseologie des Klassenstaates“ zurückzufallen, und man findet, daß die Bestrafung des Diebstahls mit dem Tode zu streng sei. Krylenko hat daraufhin eine lange Verteidigungsschrift veröffentlicht, die er mit dem Wokentumis eröffnet, daß er tief verletzt sei über die ironische Behandlung durch die Genossen; wer sich über eine so ernste Sache lustig mache, müsse im Herzen ein Feind der Revolution sein. Um seinen Anspruch zu rechtfertigen, führt er eine Stelle aus Lenin an, an der dieser auch das sozialistische Eigentum als „heilig“ bezeichnet hat. Er gibt zu, daß es eine harte Maßnahme sei, jemanden, der etwas Korn oder Ackergerät fiehlt, mit dem Tode zu bedrohen, aber Menschen, die im Laufe von fünfzehn Jahren nicht gelernt hätten, das Eigentum zu achten, seien unverbesserlich und müssen erschossen werden. Früher habe die Regierung mit solchen Verbrechern nachsichtiger verfahren können, aber die Zeit der Nachsicht sei jetzt vorbei, und diese Feinde des Staates müßten ausgerottet werden.

geworden, und in Klein-Auheim werden nur billige Fahrraddecken hergestellt, für deren Vertrieb es keiner ausgedehnten Organisation bedarf. Dann wurde uns gesagt, daß die Preise des Rohmaterials sehr stark gesunken wären, und daß schon darin ein großer Nutzen liege - überleben würde aber auch hier, daß die Verkaufspreise in dem scharfen Konkurrenzkampf noch viel mehr gesunken sind.

Und vieles andere mehr wurde uns erzählt von Leuten, die unmöglich das Empfinden und Verständnis haben können für die tatsächlichen Nöte eines Betriebes wie des unsrigen. Das eine wurde von den Gewerkschaften wiederholt und in Gegenwart von einwandfreien Zeugen zugegeben, daß durch die in Frankfurt für die Groß-Chemie gefundenen Löhne, durch die Art der Aufrechnung für Hanau, uns seit Jahr und Tag ein Unrecht zugefügt war, und daß dieses Unrecht beseitigt werden mußte. Seit zwei Jahren haben die Gewerkschaften aber den Mut hierzu nicht aufgebracht - gewerkschaftliche Bedenken treiben also jetzt über 1000 Leute zur Kurzarbeit.

Nützen die Gewerkschaften nicht in erster Linie darum befohlen, unserer Belegschaft in diesen schweren Zeiten und über den kommenden Winter hindurch Arbeit zu verschaffen? Arbeit, die wir rechnerisch nur dann durchführen können und gern durchführen wollen, wenn ein vernünftiger Lohnsatz uns dies ermöglicht.

Ist es besser, wenn nur 3 oder 4 Tage in der Woche gearbeitet wird zu 67 Pfennig die Stunde als 5 bis 6 Tage zu 60 Pfennig? (Wobei der zusätzliche Verdienst für Akkordarbeit noch zu berücksichtigen ist.)

Kann irgendein Mensch oder eine Organisation es verantworten, in einer so lebenswichtigen Frage sich auf das Urteil von etwa 40 sogenannten „Vertrauensmännern“ (unter denen sich sogar KPD-Leute befinden) zu verlassen, wenn das Wohl und Wehe von über 1000 Menschen und deren Angehörigen auf dem Spiele steht?

Zu was bezahlen denn unsere Leute seit Jahr und Tag ihre Beiträge an die Gewerkschaften, wenn aus lauter Bedenken und Zögern nichts Besseres erreicht wird - als Kurzarbeit?

Unsere Leute können sich jetzt bei denjenigen dafür bedanken, die Schindluder mit ihnen getrieben haben und die da glauben, daß ihre Organisation höher steht - als erprobte Arbeit bei anständigem Verdienst!

Die Gewerkschaften müssen sich auch klar darüber sein, daß wir bei evtl. eintreffendem, steigendem Bedarf, sei es jetzt oder im Frühjahr, die Arbeitszeit nicht wieder verlängern - sondern entsprechend mehr Leute einstellen werden.

Dies alles wollten wir mit unserem Vorschlag vermeiden - aber Gewerkschafts-Politik scheint höher im Kurs zu stehen als das leibliche Wohl des Arbeiters!

Wir sind jederzeit bereit, unserer Belegschaft Rede und Antwort zu stehen und irgendeiner Abordnung jede gewünschte Auskunft zu geben. Wenn wir Vertrauen gegen Vertrauen fordern, so geschieht dies in dem Bewußtsein, daß wir immer und nur bestrebt sind, das gemeinsame Wohl unseres Werkes und unserer Belegschaft zu fördern.

Wer bereit ist, länger zu arbeiten, unter Sinnahme einer Lohnkürzung von 10 Prozent, der möge uns dies auf beiliegender Karte bestätigen. Die Antworten werden streng vertraulich behandelt, und kein Name wird bei irgendeiner Gelegenheit bekanntgegeben! Wir wissen, daß die große Mehrzahl unserer Leute es begrüßen würde, wenn ihnen den ganzen Winter hindurch Arbeit in ausreichendem Maße möglich wäre. Meldet Euch ohne Zögern! Der Unterzeichnete bürgt jedem einzelnen dafür, daß die Karten alsbald wieder vernichtet werden, und daß niemand erfahren wird, wer solche eingehend hat. (Aus diesem Grunde sind die Karten an den Unterzeichneten adressiert.)

Die Entscheidung liegt nun bei Euch!

Die Direktion: Bräuning. 1 Freikarte, die wir bitten, bis spätestens Montag, den 31. Oktober, zur Post zu geben. Ein Kommentar zu diesem Brief würde die Wirkung nur abschwächen. Die Arbeiter haben in einer Versammlung dazu Stellung genommen und jede Lohnsenkung abgelehnt. Die Firma wird auf zustimmende Antworten aus Arbeiterkreisen vergeblich warten. G. Haupt.

Steigender Absatz in der Kunstseideindustrie.

Die in der Kunstseideindustrie seit einigen Wochen bestehende Aufwärtsentwicklung geht auch weiterhin an. Die Beschäftigungsmöglichkeit hat sich gebessert.

Die Kunstseide-Verkaufsbüro-OmbS. (Verkaufsstelle des Kunstseideyndikats) teilt mit, daß der Absatz an Viskosekunstseidegarnen in letzter Zeit dauernd gestiegen ist und daß die Ablieferung im Monat September die Höhe des Monatsdurchschnitts der Ablieferung im Rekordjahr 1931 erreicht habe.

Günstige Berichte liegen auch aus den einzelnen Fabriken des Konzerns der Vereinigten Glanzstoffwerke vor. Die Geschäftsleitung berichtet, daß der Auftragsbestand in den letzten beiden Monaten recht lebhaft gewesen sei. Das Werk Kelfterbach, das in den letzten Monaten infolge der gesunkenen Produktion die Zahl der Arbeiter von 1100 auf 200 eingeschränkt hatte, verzeichnet eine recht flotte Räumung der vorhandenen Lager und hat mit Wirkung vom 17. Oktober die Arbeiterzahl wieder auf 520 erhöht. Weitere Neueinstellungen erfolgen. Die Firma hofft, bis Ende des Jahres in der Lage zu sein, die frühere Gesamtbeschäftigung von 1100 Mann wieder zu beschäftigen.

Das Werk Oberbruch bei Aachen arbeitet nach dem Bericht der Konzernleitung seit einiger Zeit bei etwa 2400 Mann Belegschaft mit überkapazitativ (über die normale Leistungsfähigkeit hinaus).

Auch das Werk Obernburg bei Schaffenburg nutzt für die Produktion seiner Spezialfabrikate zur Zeit die volle Kapazität (Leistungsfähigkeit) seiner Anlagen mit seiner Arbeiterzahl von 1400 Mann aus.

Ungünstiger lautet der Bericht aus dem Betrieb Sydow aus bei Sietlin, in dem immer noch verkürzt gearbeitet wird.

Das Werk in Elsterberg im Vogtland, das zuletzt 450 Mann beschäftigte, wurde nach dem Bericht der Konzernleitung programmäßig stillgelegt, also immer noch infolge der Auswirkungen der Rationalisierungsmaßnahmen.

Außer diesem stillgelegten Betrieb der Vereinigten Glanzstoffwerke wurden in der letzten Zeit der Betrieb der Viskose-O in Arnstadt und der Betrieb Spinnstoffwerk in Glanau stillgelegt, so daß sich die Zahl der produzierenden deutschen Kunstseidefabriken von 19 auf 16 vermindert hat.

Bei den drei stillgelegten Betrieben handelt es sich um solche, die die Textilarbeiter organisatorisch für sich beanspruchten. Durch Schließung der Betriebe in Glanau und Elsterberg haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß jetzt in Deutschland von allen Kunstseidefabriken nur noch zwei der Textilberufsgenossenschaft unterstehen, mit Ausnahme des untrüben Betriebes Rhodafeta in Freiberg.

Die Besserung der Wirtschaftslage in der Kunstseideindustrie muß uns Veranlassung geben, unsere Aufmerksamkeit diesen Betrieben ganz besonders zu widmen und zu versuchen, die Organisation weiter auszubauen. R. Segerer.

Papier-Industrie

Direktor Gräßler.

Sensation vor der Großen Strafkammer in Stolp am 24. und 25. Oktober 1932. Thema: Holz- und Zollschleudung.

Angeklagte: 1. Betriebsdirektor Gräßler von der Varliner Papierfabrik, AG., in Ratzdamnitz, und 2. dessen früherer Platzmeister G.

Beschuldigungen: Betrug an Holzlieferanten und an der Zollbehörde.

Behauptete Vorgänge:

- a) Auf Veranlassung des Direktors Gräßler soll sein Platzmeister G. jahrelang Papierholz unverzollt und unvermessen der Holzzubereitungsabteilung der Papierfabrik Ratzdamnitz gegeben haben;
- b) zur Holzermessung sollen gefälschte Meßstangen gedient haben;
- c) Beauftragte der Holzlieferanten sollen auf dem Holzplatze der Papierfabrik mehrmals beträchtliche Meßdifferenzen zum Nachteil ihrer Firmen festgestellt haben;
- d) Differenzen mit den Holzhändlern wegen der Vermessungen waren üblich.

Beweismittel der Staatsanwaltschaft:

- 1. Zeugnis des mitangeklagten Platzmeisters G., der durch die Zollbehörde „auf Zollinteressen vereidigt“ war, und in einem vorangegangenen Zivilprozeß die behaupteten Vorgänge unter Buchstaben a bis d eidl ich be kundete;
- 2. Zeugnis eines Vertreters des Werkmeisterverbandes, der unter Eid be kundete, daß anlässlich seiner Verhandlungen mit der Generaldirektion in Hammernühle wegen der fristlosen Entlassung des Platzmeisters G. der Betriebsdirektor Gräßler die Betrügereien an den Holzlieferanten und an der Zollbehörde zugegeben habe.

Entlastungszeugen:

- 1. Direktor Morgenstern (Hammernühle),
- 2. Direktor Meißner (Hammernühle),
- 3. ein Zollbeamter,
- 4. ungefähr 40 weitere Zeugen.

Aussagen der Entlastungszeugen: Die beiden leitenden Direktoren haben das Geständnis ihres Kollegen Gräßler - das der Funktionär des Werkmeisterverbandes beidete - nicht gehört. Der als Zeuge vernommene Zollbeamte bleibt auf Antrag der Staatsanwaltschaft wegen Verdachts der Mittäterschaft unvereidigt. Die übrigen Zeugen, meist Angestellte der Firma, wissen nicht, ob Direktor Gräßler Anordnungen getroffen hat, die den Verdacht der Holz- und Zollschleudungen erwecken könnten. Indessen wurde nachgewiesen, daß gelegentlich auch Holz mengen unvermessen in die Holzpuherei geliefert wurden, doch sei die Vermessung nachträglich dort erfolgt, und die Lieferanten seien später auch bezahlt worden. Ferner wurde festgestellt, daß zwar richtige Maße, aber ungeeichte zur Holzvermessung Verwendung fanden.

Zugeständnisse des Angeklagten Gräßler: Differenzen mit den Holzhändlern wurden zugegeben. In einigen Fällen hat sich die Werksleitung mit den Holzhändlern verglichen und angeblich zu wenig verrechnete Beträge nachgezahlt. Ferner gab Direktor Gräßler an, während des schwebenden Verfahrens mit dem der Mittäterschaft verdächtigen Zollbeamten, der aus Anlaß der Ratzdamnitzer Vorgänge nach Sietlin versetzt wurde, dort eine längere Unterredung gehabt zu haben.

Strafantrag der Staatsanwaltschaft: Gestützt auf die eidlichen Aussagen des mitangeklagten ehemaligen Platzmeisters G. und des Vertreters des Werkmeisterverbandes wurden gegen Direktor Gräßler 3 Monate und gegen den Platzmeister G. 2 Wochen Gefängnis beantragt.

Urteil: Das Gericht sprach beide Angeklagten frei. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt. Aus der Begründung ging hervor, daß für den Spruch die Bekundungen der beiden Direktoren Morgenstern und Meißner ausschlaggebend waren, da „diese sich an ein Geständnis des angeklagten Betriebsdirektors Gräßler nicht erinnern konnten“. Die bereits vor dieser Verhandlung liegende eidliche Aussage des mitangeklagten Platzmeisters G. wurde vom Gericht ebenso als unglaubwürdig angesehen wie die eidlichen Bekundungen des Funktionärs des Werkmeisterverbandes.

Bemerkungen: Betriebsdirektor Gräßler galt in Ratzdamnitz als eine nationale Größe. Selber Werkverein, Stahlhelmzellen und Nationalsozialisten fanden in ihm in der Papierfabrik Ratzdamnitz einen eifrigen Förderer. Die Gewerkschaften und besonders unser Verband waren bei Herrn Gräßler weniger beliebt. Deshalb war Gewerkschaftsagitation strengstens verpönt, dagegen nationale Wührarbeit freundlich gebildet.

Obwohl die ganze Angelegenheit etwas nach Nordwolke, Katzenellenbogen oder Jvar Kreuger riecht, hat das Gericht einwandfrei festgestellt, daß ein nationaler Mann kein Betrüger ist. Wahrscheinlich hat das Gespür mit dem verdächtigen Zollbeamten sich nicht um die Anklage, sondern nur um das Pfeffer, um Zigaretten und günstigenfalls noch um Pilsener Bier gedreht. Eidl ichen Aussagen scheinen verdächtig zu sein, wenn die Zeugen einer freien Gewerkschaft angehören und damit einen republikanischen Geruch verbreiten. Zu bemerken ist nur noch, daß Hammermühle und Ratzdamnitz in den gesegneten Gefilden der Bismarckschen Familie, im größtenteils treudeutsch-agrarischen Sinterpommern liegen. G. Stühler.

Schlimms 2,06 Prozent!

Hurra! Hurra! Die Regierung Papen hat einen Wirtschaftstief errungen! Dazu meldet die „Papierzeitung“ Nr. 85:

„In der Zeit vom 6. bis 15. Oktober 1932 wurden dem Schlichter für Sachsen und Mitteldensckland 386 Neueinstellungen von Arbeitern der Papierindustrie gemeldet.“

Ein igelhafter Erfolg! Doch prüfen wir ihn! Die Sektionen der Berufs genossenschaften umgrenzen ziemlich genau den Schlichterbezirk des Herrn Dr. Hauschild in Leipzig. Genau genommen gehört zur „Papierindustrie“ auch das Vertriebsgewerbe, also auch Buch-, Stein druckgewerbe usw. Doch begnügen wir uns mit der Papiererzeugungs- und Papierverarbeitungsindustrie. Um einen Überblick über die Zahl „386“ zu gewinnen, müssen mindestens die Beschäftigtenzahlen von 1929 und 1931 gegenübergestellt werden, denn 1929 kann als das letzte Jahr der guten Konjunktur und 1931 als das letzte 3. J. vergleichbare Krisenjahre bezeichnet werden. Das Bild auf Grund der Berufs genossenschaftsangaben sieht so aus:

Berufs genossenschaft	Zahl der Versicherten 1929	1931
Papierverarbeitung, Sekt. III	41 178	29 123
Papiermacher, Sekt. VIII	9 861	8 349
Papiermacher, Sekt. IX	27 716	22 623
Mitteldensckland und Sachsen	78 755	60 109
Abnahme der Versicherten seit 1929		18 655

Ohne Berücksichtigung der Tatsache, daß sich im Jahre 1932 die Wirtschaftslage in der Papierindustrie weiterhin verschlechtert hat und unter Offenlassung der Frage, ob in den 386 Neueinstellungen das graphische Gewerbe mit einbegriffen ist, sind demnach auf Grund der Papen-Rotverordnung allergünstigstenfalls von den von 1929 bis 1931 zur Entlassung gekommenen Versicherten 2,06 Prozent wieder eingestellt worden.

Und die Kriegskosten? Sie betragen 386 mal 400 gleich 154 400 Mk. Papen-Steuer geschenke. Die Kriegssopfer infolge von Lohnabbau sind in dieser Summe nicht mit eingerechnet.

Papen-Bläubige und Steuer optimisten glauben, daß es auf Grund der Rotverordnung auch noch gelingt, die seit 1929 im Wirtschaftsgebiet Mitteldensckland-Sachsen noch weiterhin zur Entlassung gekommenen 18 289 Versicherten im Produktionsprozeß der Papierindustrie unterzubringen. Die Kosten dafür würden nochmals 7 355 600 Mk. Papen-Steuer geschenke erfordern, so daß, wenn alle seit 1929 zur Entlassung gekommenen wieder untergebracht werden könnten, die Papen-Steuer geschenke allein für diese beiden Bezirke die Summe von 7 510 000 Mk. erreichen würde.

Astrologen und Mathematiker der Kriegs akademie behaupten, daß diese Summe ungefähr dem Kostenaufwand entspricht, den seinerzeit der 30jährige Krieg beanspruchte. Wer trotzdem nicht mehr an den vollen Sieg der Papen-Rotverordnungen glaubt, der ist bestimmt - ein Wirtschaftsschleicher oder ein Volksverräter. G. Stühler.

Nahrungsmittel-Industrie

Die Konservenindustrie im Wirtschaftsjahr 1931/32 im Vergleich zur Vorkriegszeit.

Die Arbeitgeber aus der Konservenindustrie vertragen in den letzten Jahren die Auffassung, daß der Absatz an Konserven sehr stark unter der Wirtschaftskrise gelitten habe. Die Produktion übersteige bei weitem den Absatz. Tatsächlich waren Anfang des Jahres 1931 große Lagerbestände an Konserven vorhanden. Die Leistung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeitgeber steuerte daher darauf hin, die Produktion stark einzuschränken. Dieser Anweisung ist die Industrie in weitgehendem Umfang nachgekommen. Bislang hatten wir keine näheren statistischen Angaben über die Produktion der Obst- und Gemüsekonservenindustrie. Im Jahre 1930 wurde zum ersten Mal eine Erhebung über die Marmeladenerzeugung vorgenommen. 1931 wurde diese Erhebung für die gesamten Erzeugnisse der Konservenindustrie wiederholt. Zugleich wurden die Bestände der verschiedensten Erzeugnisse dieser Industrie festgestellt. Das Ergebnis dieser Erhebung liegt nunmehr vor.

Das Material über die Produktion der Vorkriegszeit für die Obst- und Gemüsekonservenindustrie ist mangelhaft. Durch den Ausschuß für Kriegsbewirtschaftung wurde die Erzeugung für die Zeit vom 1. August 1913 bis zum 31. Juli 1914 festgestellt. Bei einem Vergleich ist man auf diese Zahlen angewiesen. Nach den damaligen Feststellungen und nach der jetzigen Erhebung ergibt sich für das letzte Wirtschaftsjahr, verglichen mit dem Jahre 1913/14, folgendes Bild:

Erzeugnis	Erzeugung 1913/14		Bestand am 1. 5. 1931		Erzeugung 1931		Bestand am 1. 5. 1932		Verbrauch
	Erzeugung	Bestand	Erzeugung	Bestand	Erzeugung	Bestand			
Gemüsekonserven:									
Spargel	12 500	2 388	4 407	1 210	5 585				
Erbsen	16 000	5 851	10 539	1 615	14 775				
Bohnen	25 000	22 121	16 781	10 322	28 580				
Sonstiges Gemüse	26 500	12 449	17 109	7 678	21 880				
Zusammen	80 000	42 809	48 836	20 825	70 820				
Obstkonserven	34 000	4 040	25 491	6 230	23 301				
Gesamtsumme	114 000	46 849	74 327	27 055	94 121				

Aus der Zusammenstellung ergibt sich, daß wir am 1. Mai 1931 tatsächlich erhebliche Bestände an Obst- und Gemüsekonserven hatten. Auf Drängen der wirtschaftlichen Vereinigungen wurde die Produktion im Jahre 1931 stark eingeschränkt. Sie deckte im Wirtschaftsjahr 1931/32 bei den meisten Warengruppen nicht den Verbrauch. Bei den Gemüsekonserven bleibt insgesamt die Erzeugung um annähernd 22 Millionen 1/2 Dosen hinter dem Verbrauch zurück. Eine Ausnahme machen die Obstkonserven. Hier war der Verbrauch im letzten Jahre geringer als die Erzeugung. Die Bestände am 1. Mai 1932 zeigen, daß die Konservenindustrie mit den Beständen vom 1. Mai 1931 stark ausgeräumt hat. So hatten wir z. B. bei Bohnen 1931 einen Bestand von über 22 Millionen Dosen. Dieser Bestand ist auf 10,3 Millionen Dosen zusammengeschumpft. Ähnlich liegt es bei dem Bestand der übrigen Gemüsearten. Lediglich bei Obstkonserven war der Bestand Anfang Mai d. J. höher als Anfang Mai v. J. Vergleichsmöglichkeiten für die Produktion und den Verbrauch aus dem Jahre 1930/31 sind nicht gegeben, da statistische Erhebungen fehlen. Die Produktion ist aber im Jahre 1930 sicher höher gewesen als 1931. Wäre das nicht der Fall gewesen, dann hätten wir Anfang 1931 nicht die großen Bestände gehabt. Der Verbrauch war im Wirtschaftsjahre 1930/31 sicher auch höher als im letzten Jahre. Die Konservenindustrie hat also in den früheren Jahren ihre Produktion wenig auf den Verbrauch eingestellt. Man hat wild drauflos produziert und ist dann auf den Lagerbeständen sitzen geblieben. Diesen Fehler hat man im Jahre 1931/32 weitgemacht. Wie sieht die Situation in der Obst- und Gemüsekonservenindustrie nun gegenwärtig aus?

In Nr. 43 der Zeitschrift „Die Konserven-Industrie“ lesen wir darüber folgendes:

„Nach Abschluß der Ernte haben wir auf Grund der amtlichen Zahlen des Statistischen Reichsamtes und interner Erhebungen bei unseren Mitgliedern Feststellungen darüber getroffen, in welchem Umfange in diesem Jahre eine Konserverierung von Obst und Gemüse vorgenommen worden ist. Dabei stellt sich heraus, daß der Gesamtvorrat an Konserven in den Hauptsorten Spargel, Erbsen, sämtliche Milchgemüse, sämtliche Sorten Bohnen und große Bohnen, nicht so hoch ist wie die im letzten Winter verzehrten Konserven. In diesen maßgeblichen Sorten sind die Gesamtbestände etwa 25 Prozent geringer als der Verzehr des letzten Jahres. Im Vergleich zum Vorjahre fehlt bei den Konservenfabriken ein Posten von 20 Millionen 1/2 Dosen, was auf Halbierung der alten Lager und geringere Produktion in diesem Sommer zurückzuführen ist. Bei den übrigen Herbstgemüsearten, wie bei der Obstkonserverierung, liegen die Verhältnisse ähnlich. Hieraus ist zu schließen, daß die Lager an Konserven ausgangs des nächsten Frühjahrs geräumt sein werden.“

Die vorhandenen Bestände an Konserven sind also nicht so groß wie der vorjährige Verbrauch. Dazu kommt, daß die gegenwärtige Reichsregierung das Ziel verfolgt, durch Konfiskation die Einfuhr an Nahrungsmitteln stark einzuschränken. Wird aber die Einfuhr von Frischgemüse usw. eingeschränkt, dann tritt eine größere Nachfrage nach Konserven ein. Das soll ja der eigentliche Zweck der Konfiskation sein. Es kann also im Laufe des Winters eine Knappheit an Obst- und Gemüsekonserven eintreten. Eine erhebliche Preissteigerung würde dann die Folge sein. Aber das ist ja das Ziel der gegenwärtigen Politik. Die Löhne werden herabgedrückt und die Kaufkraft wird geschwächt. Die Preise für Agrarerzeugnisse aber sollen gehalten oder sogar gesteigert werden. Das Ganze nennt man dann Ankurbelung der Wirtschaft.

Wie verhält sich nun die heutige Produktion der Konservenindustrie zu der Produktion der Vorkriegszeit? Spalte 1 unserer Tabelle zeigt, daß im Jahre 1913/14 rund 114 Millionen 1/2 Dosen an Konserven erzeugt wurden. Die Erzeugung von 1931 betrug nur 74,3 Millionen 1/2 Dosen. Sie blieb mithin rund 40 Millionen Dosen hinter der Erzeugung von 1913/14 zurück. Der Verbrauch betrug aber im letzten Jahre 94,1 Millionen Dosen. Er bleibt nur rund 20 Millionen Dosen hinter der Produktion von 1913/14 zurück. Da die Lager geräumt sind, dürfte die Produktion im kommenden Jahre kaum hinter der Produktion von 1913/14 zurückbleiben. Sie ist auch in den vorhergehenden Jahren viel höher gewesen als im letzten Jahre. Das zeigen die großen Bestände, die wir am 1. Mai 1931 hatten. Die Produktion von 1931 war also außerordentlich niedrig, sie eignet sich schlecht zu einem Vergleich.

Zu der Konervenindustrie zählt auch die Marmeladenindustrie. Wie hat sich hier die Produktion entwickelt? In der Vorkriegszeit wurden jährlich rund 400 000 Doppelzentner Marmelade erzeugt.

Betrachten wir nun die einzelnen Warengruppen für sich, dann zeigt sich, daß bei einzelnen Gruppen der Rückgang besonders stark ist. So betrug z. B. der Spargelverbrauch 1931/32 nur 5,59 Millionen Dosen.

Man kann also folgendes feststellen. Die Obst- und Gemüsekonervenindustrie hat es im letzten Jahre verstanden, ihre Erzeugung dem Verbrauch und den vorhandenen Lagerbeständen anzupassen.

Verschiedene Industrien

Glückszustände in der Thüringer Heimarbeit.

Nach der Tageszeitung „Der Deutsche“ hat der Vorsitzende des Thüringischen Staatsministeriums seinem Kabinett Bericht erstattet über Eindrücke, die er an einer Reise durch die Notstandsgebiete des Thüringer Waldes gewonnen hat.

Die Feststellungen des Vorsitzenden des Thüringischen Staatsministeriums sind gewiß richtig. Die aufgezählten Not- und Leidenszustände sind gewiß aber nicht neu! Des öfteren haben wir schon öffentlich durch die Presse und auch schriftlich an die Behörden auf die Entwicklung der unhaltbaren Zustände hingewiesen und verlangt, Abhilfe zu schaffen.

Festsetzungsbeschlüsse von Fachausschüssen, die mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt und daher nicht als allgemeinverbindlich genehmigt zu betrachten sind und infolgedessen keine Rechtswirkung haben können, erhielten in der Regel die Zustimmung des Thüringischen Wirtschaftsministeriums nicht.

Alle Not ist in den letzten Jahren den Heimarbeitern aufgehalten worden. Einen Schutz bei der Staatsregierung konnten diese bedauernswerten Opfer der Krise aber nicht finden.

Wenn heute von Mitarbeitern des Thüringischen Staatsministeriums selbst zum Ausdruck gebracht wird, daß die Not alle gehegten Befürchtungen übersteige, so erwarten wir aus dieser Erkenntnis, daß endlich durch die Thüringische

Staatsregierung alles getan wird, um die Not in der Heimindustrie zu lindern.

Der Staatsregierung stehen Nachmittel zur Verfügung. Wir erwarten nun, daß diese in Anwendung kommen.

Für die Gebiete, in welchen noch gearbeitet wird, sind die Fachausschüsse, unter weisigerer Ausföpfung des HLG, § 37, und durch planmäßige Benutzung der Gewerbeaufsichtsaftliche Nachmittel, womit Lohnrückern begegnet werden kann.

Eine nachdrucksvolle Überwachung der geschaffenen Entgelttarife durch die Behörden würde zum mindesten den tätigen Heimarbeitern und Hausgewerbetreibenden eine kümmerliche Grundlage ihrer Existenz gewährleisten, aber auch diese tätigen Heimarbeiter hungern. Auch sie gehen körperlich, geistig und seelisch zugrunde.

Handle nun, Thüringisches Staatsministerium! Wir verlangen das abermals im Interesse der Heimarbeiter und Hausgewerbetreibenden des Landes Thüringen. Wir verlangen es aber auch deswegen, weil die Partei, die gegenwärtig hinter dem Staatsministerium steht, seit Jahr und Tag Versprechungen abgegeben hat. Gegebene Versprechungen müssen gehalten werden!

Arbeiterchutz und Arbeiterversicherung.

Die Lohnsteuer der Kurzarbeiter.

Aus verschiedenen Betrieben wird über Differenzen wegen der Berechnung der Lohnsteuer für Kurzarbeiter berichtet. Nach dem Einkommensteuergesetz ist für die Berücksichtigung der steuerfreien Beträge maßgebend der Lohnzahlungszeitraum und nicht der Lohnerechnungszeitraum.

Während den in jeder Woche beschäftigten Kurzarbeitern der steuerfreie Wochenbetrag viermal im Monat zur Verrechnung kommt, geschieht dies bei den anderen nur zwei- oder höchstens dreimal.

Zur Befestigung dieses Unrechts hat der Vorstand des ADGB beim Reichsfinanzministerium entsprechende Schritte unternommen. Die Regierung erkennt die Berechtigung der Beschwerde an; um eine gesetzliche Regelung dieser Fälle hofft sie dadurch heranzukommen, daß die Unternehmer von sich aus für Abhilfe sorgen.

Im Interesse der Arbeiter ist es zu wünschen, daß die Unternehmer auf den Vorschlag des Reichsfinanzministeriums eingehen. Der jahrelang gering entlohnte Arbeiter hat ebenfalls Anspruch auf Berücksichtigung seiner Interessen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Fraureuth. Durch die Tagespresse ging die Meldung, daß ein Teil der Franreuther Porzellanfabrik wieder in Betrieb gesetzt werden würde. So erfreulich eine derartige Tatsache im Interesse des Ortes und unserer lange erwerbslosen Kollegenchaft auch wäre, so müssen wir doch der Öffentlichkeit die Mitteilung machen, daß derartige Notizen eine Irreführung sind.

Wolgast. Stiftungsfest und Jubilärfest. Am Sonnabend, dem 29. Oktober 1932, feierte die Zahlstelle Wolgast darunter eine Kollegin, Eingeleitet wurde das Fest durch einige Versingende, Kollege Bild, hieß die Festteilnehmer herzlich willkommen. Die Festrede hielt Kollege Schmiege von der Gewerkschaftsleitung.

Genossenschaftsbewegung.

Ein amtlicher Beweis Konjunktugenossenschaftlicher Leistungsfähigkeit.

In Brühl, einem Vorort von Mannheim, hatte der Gemeinderat auf Betreiben des ortsansässigen Mittelstandes es mit Mehrheitsbeschluß abgelehnt, die Lebensmittelgeschäftene

der Fürsorgeempfänger, soweit diese Mitglieder des Konsumvereins Mannheim sind, zur Einlösung in ihrer Verteilungsstelle auszufertigen. Seit einem Jahre führten die Fürsorgeempfänger darüber Beschwerde, daß durch diese Maßnahme des Gemeinderats die Fürsorgeunterstützung sehr wesentlich beschnitten würde, da die Preise in den ortsansässigen Geschäften höher seien.

Rundschau.

Hohe Belohnung für Landarbeiter.

Der Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes sichert in Nr. 36 des „Landarbeiters“ denjenigen Landarbeitern eine hohe Belohnung zu, die ihm nationalsozialistische Landwirte namhaft machen, die seit Erscheinen der parteiamtlichen nationalsozialistischen Schrift Nr. 17: „Nationalsozialismus und Landarbeiterschaft“ die darin aufgestellten Forderungen für Landarbeiter in ihren Betrieben in die Tat umgesetzt haben.

- 1. Gerechte und kameradschaftliche Behandlung.
2. Lohn: Den Ertrag von 12 Morgen gutem Boden, von 15 Morgen mittlerem Boden und von 19 Morgen leichterem Boden.
3. Wohnung: Küche, Wohnzimmer, Schlafzimmer der Eltern, Schlafzimmer der Kinder, Schlafzimmer für erwachsene Kinder oder Hofgänger, Abstellraum, Speisekammer, drei Kellerräume.
4. Baderäume auf dem Gut.
5. Hausgärten von 2 Morgen.
6. Räume für Bildungs- und Schulungszwecke mit Rundfunkeinrichtung.

Für den Fall, daß den Landarbeitern nationalsozialistische Landwirte nicht bekannt sind, ist der Vorstand des Deutschen Landarbeiter-Verbandes ferner auf Wunsch bereit, eine Anzahl, unter anderen Reichstagsabgeordnete und Landwirtschaftskammerpräsidenten, zu benennen.

Verbandsnachrichten.

Ausgeschlossen

wurde auf Grund des § 14 Ziffer 3c in Verbindung mit § 14 Ziffer 5 des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Großenhain i. S. a.: Artur Manig, Mitgl.-Nr. S II 786 875.

Literarisches.

Von Stinnes bis Kreuzer. Eine ganze Selbstverlagerte Größen des Kapitalismus markiert in den 16 Seiten der aufschlußreichen neuen 10-Pf.-Brochüre auf, die der Dieb-Verlag, Berlin, herausgegeben hat.

Das Werkblatt über Händereinigung bei der Herstellung und Verwendung von Farben, über das wir in Nr. 45 des „Proletarier“ berichteten, wurde vom Reichsgewerkschaftsamt und von der Deutschen Gesellschaft für Gewerkschaftszwecke herausgegeben. Es erscheint im Verlage von Julius Springer, Berlin W. 9, Einckev. 23/24, und kostet einzeln 10 Pf., 100 Stück kosten 7,50 Mk. und 1000 Stück nur 50 Mk.

Es ist erschienen: Der sozialdemokratische Abreißkalender 1933. Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt- und Land. Der Inhalt ist wieder wie in den Vorjahren reich illustriert.

Ein Jahrbuch für Arbeiterkinder in Stadt- und Land. Der Inhalt ist wieder wie in den Vorjahren reich illustriert. Das Kalendarium ist als ein Würfelspiel und die farbigen Bilder sind als Quartettspiel zu verwenden.